

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2019



Kammergericht gerüffelt

Gefälschte Zeitungen

Die Zukunft der Stasi-Unterlagen

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Abschied

Recht

- 4 Kammergericht bekommt längst überfälligen Rüffel
5 Änderungen der Regelbedarfsstufen
6 Letzter Gong

International

- 7 Plattformtreffen in Slowenien
Das „italienische Syndrom“

Aufarbeitung

- 6 Gefälschte Zeitungen fielen vom Himmel

Dokumentiert

- 10 Die Zukunft der Stasi-Unterlagen

Berichte

- 11 Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck
Einladung in die Sächsische Staatskanzlei
12 „Wut“ und „Angst“ dominieren

Verbände

- 13 30. Gedenkveranstaltung
Gedenkveranstaltung Fünfeichen
Stasi in Berlin
Kunstprojekt „Licht bewegt“ in Bautzen
14 Suchanzeigen
15 Die Namen zurückgegeben
Spendenauf Ruf
16 Leserbrief
Abschied

Service/Bücher

- 17 Das Buch aus der Truhe
18 Freiheit, die ich meine...
19 Verhaftungsgründe

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Kunstinstallation „Das Leid der Welt“ von Ludger Hinse
in der Gedenkstätte Bautzen (s. a. S. 13).

Foto: Stiftung
Sächsische Gedenkstätten/
Gedenkstätte Bautzen

Editorial

Der unbekannte Widerstand in SBZ und DDR

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Editorial der vorigen Ausgabe des „Stacheldrahts“ habe ich versucht, auf den Widerstand aufmerksam zu machen, „von dem niemand spricht“. Das waren zum Beispiel Menschen, die im April 1946 nachts Plakate gegen die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei“ an die Wände klebten, sich für freie Wahlen in der späteren DDR einsetzten oder auch versuchten, die Wahrheit über die Gefängnisse und Speziallager im Westen bekannt zu machen.

Oft waren es junge Menschen, die verhindern wollten, daß sich die NS-Diktatur unter anderen Vorzeichen wiederholte. Sie hatten die Lehre verstanden, die Staatsanwalt Fritz Bauer im ersten Auschwitz-Prozeß Anfang der 1960er Jahre so zusammenfaßte: In jedem Unrechtsregime, jeder Diktatur, gibt es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zum Widerstand.

Daß Menschen diese Pflicht zum Widerstand anerkannten und danach handelten, belegen die Haftkeller des sowjetischen Geheimdienstes NKWD, die zu Hunderten in der Sowjetischen Besatzungszone eingerichtet wurden. Die sowjetischen Stellen und später die SED umgaben die Keller mit dem Mythos der Entnazifizierung. Genauere Forschungen

zeigen ein differenzierteres Bild. Zu Anfang wurden in diese Haftkeller tatsächlich in der Überzahl Nazis eingewiesen. Doch bereits im Januar 1946 wurde auf Befehl des für die SBZ zuständigen Geheimdienstchefs Iwan Serow die Inhaftierung von „Block- und Zellenleitern“ eingestellt, 1948 wurden die meisten kleineren Nazis (rund 28 000) entlassen.

In den Kellern und Gefängnissen blieben Menschen wie Horst Jänichen, der von 1945 an als Jugendlicher unschuldig interniert worden war. Nach seiner Entlassung verbreitete er am 1. Mai 1950 Flugblätter, mit denen er über die Haftbedingungen in Kellern und Lagern informierte. Er wurde wiederum verhaftet und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt.

Diese Haftkeller, in denen Demokraten unschuldig gelitten haben, sind heute fast völlig unbekannt. Nach ihrer Auflösung wurden die Spuren verwischt. Manche übernahm die Stasi. Die UOKG wird sich auf ihrem nächsten Verbändetreffen mit diesem unbekannten Widerstand beschäftigen und auf einige dieser Haftkeller des NKWD aufmerksam machen. So zum Beispiel auf die Haftstätte in Berlin in der Prenzlauer Allee. Sie gehört zu den wenigen Orten, wo ein Denkzeichen den unbekannten Widerstand würdigt.

Ihr Dieter Dombrowski

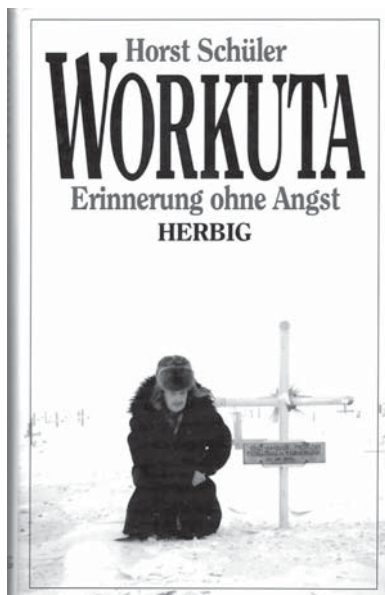
Abschied

Horst Schüler (1924–2019) und der Gulag

Nahezu unspektakulär ist der erste Teil des Lebens von Horst Schüler nacherzählt: Geboren am 16. August 1924 in Babelsberg, dessen zentraler Teil bis 1938 Nowawes hieß. Nach dem Schulbesuch wird er 1941 zur Luftwaffe eingezogen und 1946 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Schüler kehrt nach Potsdam zurück und schreibt bald für die „Märkische Volksstimme“ unter dem Pseudonym „Kiekehör“ kritische Artikel. Er begehrt auf gegen die neu aufziehende Diktatur in der SBZ, verteilt Flugblätter gegen die immer stärkere Einschränkung der Pressefreiheit.

1951 wird er wegen Widerstandes gegen das kommunistische System in der DDR verhaftet. Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilt ihn zu 25 Jahren Haft. Er wird nach Workuta verschleppt. Über vier Jahre ist er dort Zwangsarbeiter unter verschärften Bedingungen im Lager 10, Schacht 29. Dort nimmt er teil an dem großen Gefangenestreik – die Gegenseite erblickt darin einen Aufstand – von Ende Juli bis 1. August 1953, der blutig niedergeschlagen wird. 1994 wird Horst Schüler von der russischen Militärhauptstaatanwaltschaft vollständig rehabilitiert.

Schuld verdrängen, die Geschichte möglichst unangetastet lassen, dem Zeitgeist gehorchen und nur nach vorn schauen, das ist nicht Sache von Horst Schüler. Im Gegenteil: gegen das Vergessen ankämpfen, nicht verklärend, sondern kritisch.



Junge Menschen sollen auch die dunklen Seiten der deutschen Geschichte vermittelt bekommen. Das geschieht mit der Zeit des Nationalsozialismus. Sehr viel weniger oder gar nicht wird dagegen das menschenverachtende System des sowjetischen Gulag in das Unterrichtsbild einbezogen. Aber darum geht es Horst Schüler in seinen Vorträgen und seinem nimmermüden Engagement für die gestorbenen, ermordeten und noch lebenden Kameraden aus seiner Zeit im Gulag.

Dieser Teil der Geschichte ist noch längst nicht aufgearbeitet, aber dennoch so aufbereitet, daß er einen würdigen Platz im Geschichtsbild, spricht: in den Lehrbüchern der jungen Generation finden sollte. Vor diesem Hintergrund ist Schülers Motto „Vergessen gefährdet unsere Freiheit“ zu verstehen. Die Demokratie ist kein Selbstläufer und muß gegen Angriffe von Extremen immer wieder verteidigt werden.

Schüler kommt das große Verdienst zu, dem politischen Widerstand nach 1945 gemeinsam mit Sigurd Binski (1921–1993) das organisatorische Gesicht gegeben und erhalten zu haben. Ohne ihn gäbe es wahrscheinlich keine feste Organisationsform der ehemaligen politischen Häftlinge. So war er zwischen 2001 und 2007 Vorsitzender des Dachverbandes aller ehemaligen politischen Häftlinge in Deutschland, der „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG), anschließend Ehrenvorsitzender, und seit 1995 war er Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. 1997 wird er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und 2003 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Sein sicheres, stets sachliches Auftreten bei den meist jährlich stattfindenden Tagungen der Lagergemeinschaft hat ihn zu einer festen und hochgeachteten Größe werden lassen. Sein Buch „Workuta. Erinnerungen ohne Angst“ ist zu einem Standardwerk für all die geworden, die sich mit den sowjetischen Straflagern



Horst Schüler im August 2014 in Potsdam.

Workuta befassen. Fast unverändert ist es in drei Auflagen erschienen. Im Mittelpunkt steht der Generalstreik in Lager 10, Schacht 29, den Horst Schüler hautnah erlebt und erlitten hat. Das Kapitel trägt den Namen „Der Aufstand“.

Schüler hat sich auch über zwei Jahrzehnte einen Namen gemacht als Redakteur beim „Hamburger Abendblatt“. Dafür erhielt er den angesehenen Theodor Wolff-Preis.

„Seine Verdienste“, so faßt es Karl Wilhelm Fricke zusammen, „sind um so höher zu veranschlagen, als Horst Schüler, Jahrgang 1924, in zweifacher Hinsicht Opfer der zwei Diktaturen ist, die Deutschland im 20. Jahrhundert heimgesucht haben. Sein Vater, ein Sozialdemokrat, ist 1942 im KZ Sachsenhausen umgekommen – und er selbst war von 1951 bis 1955 Häftling des GULag-Systems in Workuta.“

Bis vor zwei Jahren stand Horst Schüler an der Spitze der Lagergemeinschaft Workuta. Mit großer Leidenschaft kämpfte er um die finanzielle Gleichstellung der GULag-Häftlinge mit den KZ-Überlebenden. Seine geschliffen vorgetragenen Leitartikel zu politischen Gegenwartsfragen im „Stacheldraht“ werden die Zeit ebenso überdauern wie die Erinnerung an sein vorbildlich geführtes Leben.

Am 27. März dieses Jahres ist der herausragende Journalist und streitbare Demokrat in Hamburg gestorben.

Horst Hennig und Gerald Wiemers

Kammergericht bekommt längst überfälligen Rüffel!

Berliner Verfassungsgericht leitet Wende in der Rehabilitation ein

Schon des öfteren wurde an dieser Stelle über die unsachgemäße Rechtsprechung des Kammergerichts in Bezug auf die Rehabilitation ehemaliger Spezialheiminsassen verwiesen. Nun hat sich das Berliner Verfassungsgericht aufgrund einer eingereichten Verfassungsbeschwerde mit der Vorgehensweise des Kammergerichts auseinandergesetzt und festgestellt:

„Die angegriffene Entscheidung des Rehabilitierungsgerichts verletzt die Rechtsschutzgarantie, weil es nicht ausreichend aufgeklärt hat, ob und in welchem Umfang es in den Spezialkinderheimen der DDR, in denen die Beschwerdeführerin untergebracht war, systematisch zu menschenrechtsverletzenden Übergriffen gekommen ist und was Ursache dafür war.“

Zum Sachverhalt: Die im Jahr 1968 geborene Beschwerdeführerin war von August 1983 bis Juni 1986 in zwei verschiedenen Spezialkinderheimen (in „W.“ und „P.“) untergebracht. Die Einweisungsanord-

nung wurde damit begründet, daß sich die Schwierigkeiten mit der Beschwerdeführerin seit mehreren Jahren gehäuft hätten. Die Mutter habe keinerlei erzieherischen Einfluß mehr auf sie, sie sei der Wohnung nächtelang ferngeblieben und wegen mehrerer Diebstähle an sozialistischem und persönlichem Eigentum zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Trotz einer Umschulung habe sie die Schule geschwänzt und die Zusammenarbeit verweigert. – Das Landgericht hat den Rehabilitierungsantrag im Januar 2017 abgelehnt.

In der dagegen eingelegten Beschwerde verwies die Beschwerdeführerin auf die Rechtsprechung des Oberlandesgerichts von Sachsen-Anhalt, wonach die Einweisungen in Spezialkinderheime der DDR wegen des mit diesen Heimen verfolgten Zwecks der Umerziehung und des in ihnen stets mit schweren Menschenrechtsverletzungen erzwungenen Umbaus der Persönlichkeit in der Regel unverhältnismäßig gewesen sind (siehe zuletzt Ausg. 2/2017, S. 5). Auch verwies sie auf – den Entscheidungen aus Sachsen-Anhalt vorausgegangene – neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zum Charakter der Spezialheime der DDR, insbesondere auf den im Auftrag der Bundesregierung und der ostdeutschen Länder erstellten Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ aus dem Jahr 2012. Darüber wurde ebenfalls mehrfach berichtet.

In der weiteren Beschwerdebegründung ging die Beschwerdeführerin auf die Lebensbedingungen in den Heimen ein. Zu dem Spezialkinderheim „W.“ trägt sie u.a. vor: erniedrigende Leibesvisitationen; Abschneiden der Haare; Aufforderung, Namen zu vergessen; Identifizierung mit Nummern; Verrichtung der Notdurft auf Eimern; erzwungene Informantentätigkeit; mehrtägige Isolation in fensterlosem Bunker mit willkürlicher Nichtausgabe einer Matratze und Decke bei Verweigerung von Informantentätigkeit; Toilettengänge nur in der Gruppe und zu bestimmten Zeiten; erhebliche Gewalteinwirkungen und erzwungener Geschlechtsverkehr. Zu dem Spezialkinderheim „P.“ beschreibt sie, gleiche oder ähnliche Erfahrungen gemacht zu haben.

Das Kammergericht kümmert dies alles wenig, und so bleibt es bei seiner bis-

herigen Praxis und lehnt die Beschwerde im Mai 2017 ab. Begründet wird die Entscheidung damit, daß die Heimunterbringung aus gewichtigen fürsorglichen Gründen angeordnet worden sei. Die geschilderte Unterbringungssituation habe keine Relevanz, weil Gegenstand der Überprüfung im strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren bei Betroffenen, die in Heimen für Kinder oder Jugendliche untergebracht gewesen seien, nur die Einweisungsverfügung als solche, nicht hingegen deren Folgen sei. Der Ansicht des OLG Sachsen-Anhalt, in Spezialheimen sei die Umerziehung der verfolgte Zweck gewesen, folge man nicht.

Der Umstand, daß die Beschwerdeführerin von aus heutiger Sicht gänzlich unangemessenen Erziehungsmethoden berichte und darlege, von seelischen und körperlichen Mißhandlungen und von sexueller Gewalt seitens des Erziehungspersonals betroffen gewesen zu sein, seien zwar in nachvollziehbarer Weise für sie äußerst belastende und schmerzvolle Erfahrungen, dennoch seien diese nicht Ausdruck eines in seiner gesamten Ausgestaltung auf Erniedrigung und Mißachtung der Persönlichkeitsrechte ausgerichteten Systems. Dies sieht das Kammergericht weiterhin nur für den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau als gegeben an. Die Spezialheime hätten vielmehr der Jugendhilfe nach ihrer Konzeption einer umfassenden erzieherischen Zielsetzung gedient, die unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht zu beanstanden sei. So seien die, innerhalb dieses auf Erziehung angelegten Systems, von der Beschwerdeführerin dargestellten Übergriffe, Mißhandlungen und anderweitigen Verfehlungen von Erziehern als individuelles und teilweise auch strafrechtlich relevantes Fehlverhalten zu werten. Auf die von der Beschwerdeführerin vorgetragenen wissenschaftlichen Erkenntnisse einzugehen, hält das Kammergericht nicht für nötig.

Im Oktober 2017 erhebt die Beschwerdeführerin Verfassungsbeschwerde beim Berliner Verfassungsgericht, und so kommt es, wie es endlich kommen mußte.

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin stellt fest, daß die Verfassungsbeschwerde begründet ist. Der Beschluß des



Justitia im Stadtmuseum Ingolstadt.

Kammergerichts verletze die Beschwerdeführerin in ihrem Recht auf effektiven Rechtsschutz (Art. 15 Abs. 4 S. 1 Verfassung von Berlin = Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG).

Nach § 10 Abs. 1 S. 1 StrRehaG sind die Rehabilitierungsgerichte von Amts wegen zur Sachverhaltsermittlung verpflichtet. Die Beschwerdeführerin habe im Rehabilitierungsverfahren von entwürdigenden Zuständen und Erziehungsmethoden in den Spezialkindheimen berichtet. Das Kammergericht gehe darauf nicht ein, auch nicht auf den von der Bundesregierung beauftragten Bericht. Die Argumentation des Kammergerichts beschränke sich im wesentlichen darauf, daß die Spezialheime einer umfassenden erzieherischen Zwecksetzung gedient hätten und daß von der Beschwerdeführerin beschriebene Verfehlungen während ihrer Unterbringung individuelles Fehlverhalten darstellten. Außerdem verweise das Kammergericht zur weiteren Begründung auf seine Entscheidung vom 30.9.2011 (2 Ws 641/10 REHA), der den vorgetragenen neueren Forschungsstand aber noch nicht habe berücksichtigen können.

Diese Einengung der Sachverhaltsfeststellung sei mit der aus dem Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz folgenden Pflicht zur Amtsermittlung nicht vereinbar. Aus den von der Beschwerdeführerin in Bezug genommenen neueren Untersuchungen ergäben sich Anhaltspunkte dafür, daß die von der Beschwerdeführerin geschilderten Zustände in den Spezialheimen nicht nur auf individuellem

Fehlverhalten beruhen würden, sondern typischer Ausdruck systematischen Unrechts gewesen seien.

Dafür beruft sich der Verfassungsgerichtshof Berlin auf einzelne Passagen aus dem Bericht und aus den Expertisen zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Danach hätte für das Kammergericht Anlaß bestehen müssen, den aktuellen Forschungsstand auszuwerten und auf dieser Grundlage für die Beschwerdeführerin nachvollziehbar zu überprüfen, ob die im Beschluß des Kammergerichts vom 30.9.2011 genannten Zurückweisungsgründe weiterhin tragfähig seien. Gegebenenfalls hätte es nahegelegen, mit Hilfe eines Sachverständigen weiter zu ermitteln, ob und in welchem Umfang es in den Spezialheimen, in denen die Beschwerdeführerin untergebracht war, systematisch zu menschenrechtsverletzenden Übergriffen gekommen ist und was Ursache dafür war.

Einer Rehabilitierung stehe auch nicht entgegen, daß im vorliegenden Fall – insbesondere wegen der von der Beschwerdeführerin begangenen Diebstähle – ein nachvollziehbarer Einweisungsgrund vorgelegen haben könnte, weil die Einweisung auch wegen der mit ihr verbundenen – möglicherweise planmäßig – menschenverachtenden Folgen als unverhältnismäßig oder, analog zur „Torgau-Rechtsprechung“, stets als sachfremd oder als aus sonstigen Gründen rechtsstaatswidrig angesehen werden könnte. Ebenso wenig sei aber auch nicht ausgeschlossen, daß das Kammergericht ein Systemunrecht unterhalb der Schwel-

le jener Extremverhältnisse annehme, die im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau vorlagen.

Eine Entscheidung mit anderem Ergebnis sei auch nicht aufgrund der Erwägung des Kammergerichts ausgeschlossen, daß das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz nicht den Zweck verfolge, grundsätzlich alle Maßnahmen der Jugendhilfe der ehemaligen DDR unabhängig von ihrem Anlaß einer Rehabilitierung zuzuführen. Die Beschwerdeführerin mache keine differenzierungslose Rehabilitierung „aller Maßnahmen der Jugendhilfe“ geltend, sondern begehre die Rehabilitierung hinsichtlich zweier ganz bestimmter Spezialheimunterbringungen, die nach ihrer Darstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen einhergingen.

Durch diese Entscheidung kann das Kammergericht die Unterbringungsbedingungen nun nicht mehr für irrelevant zu erklären. Ebenso darf es die wichtigen Erkenntnisse aus der Forschungsarbeit von 2012 nicht mehr ignorieren. Und letztlich darf es nun auch nicht mehr beschriebene Taten und Handlungen der Erzieher als einzelnes Fehlverhalten verharmlosen.

Es bleibt abzuwarten, wie das Kammergericht über die erneute Vorlage entscheiden wird. Sicher ist aber jetzt schon, daß es sich in seiner Rechtsprechung ändern muß, und dies kann nur als weitere positive Entwicklung zugunsten der Rehabilitierung ehemaliger Spezialheiminsassen gewertet werden.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Änderung der Regelbedarfsstufen

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 424 Euro und der Regelbedarfsstufe 2 auf 382 Euro für das Jahr 2019 verändern sich die Einkommensgrenzen, die maßgeblich sind für die Bemessung der Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz – der Opferrente, der Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und der Leistungen der Grundsicherung.

Seit dem 1. Januar 2015 beläuft sich die Höhe der Opferrente auf monatlich bis zu 300 Euro für ehemalige politische Häftlinge, die insgesamt mindestens eine 180tägige Freiheitsentziehung erlitten haben, soweit sie in ihrer wirtschaft-

lichen Situation besonders beeinträchtigt sind. Diese Leistung wird ausschließlich auf Antrag gewährt. Die Zahlung erfolgt monatlich im voraus, beginnend mit dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Voraussetzung dafür ist eine strafrechtliche Rehabilitierung oder die Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz. Die Opferrente sollte auch dann beantragt werden, wenn die strafrechtliche Rehabilitierung bereits in die Wege geleitet wurde, aber noch nicht vorliegt. Der Anspruch auf Gewährung bzw. Nachgewährung (letzteren gibt es

ansonsten nicht) beginnt dann ebenfalls ab dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat.

Eine besondere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Situation besteht nur, wenn bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Maßgeblich für die Bemessung der Einkommensgrenzen nach den Rehabilitierungsgesetzen ist die Regelbedarfsstufe 1. Mit der Anpassung dieser Regelbedarfsstufe für das Jahr 2019 ändert sich auch die Höhe des für die Einkommensgrenze maßgeblichen Grundbetrages – derzeit bei Alleinstehenden auf 1272 Euro (dreifache Regelbedarfsstufe 1), bei Verheirateten und



ähnlichen Paaren auf 1796 Euro (vierfache Regelbedarfsstufe 1).

Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld und Geldeswert. Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um weniger als 300 Euro, wird grundsätzlich der Differenzbetrag gewährt.

Berechtigten, die Neurentner sind oder werden bzw. rentenrechtliche Bezüge erhalten und bisher keine Opferrente beantragt haben, weil ihr Einkommen zu hoch war, wird diese unabhängig von der Höhe ihrer Rente gewährt. Bei der Feststellung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit werden Renten außer Betracht gelassen. Die Opferrente bleibt bei der Gewährung anderer einkommensabhängiger Sozialleistungen unberücksichtigt, d.h. sie zählt nicht zum Einkommen.

Die Höhe der maßgeblichen Einkommensgrenzen für die Gewährung von monatlichen Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz ändert

sich aufgrund o.g. Anpassung ebenfalls. Voraussetzung für die Gewährung ist eine berufliche Rehabilitierung mit einer bescheinigten Verfolgungszeit von mehr als drei Jahren. Berechtigte im Arbeitsprozeß erhalten diese Leistungen in Höhe von bis zu 214 Euro, Rentner bis maximal 153 Euro monatlich.

Die Gewährung ist abhängig vom monatlichen Nettoeinkommen des Berechtigten bzw. der Familie. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft (u.a. Miet- und Heizkosten) hinzuzurechnen sind. Der Grundbetrag für den Berechtigten selbst errechnet sich aus der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 in Höhe von 848 Euro, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten aus 80 v.H., also 678,40 Euro. Der Gesamtbetrag für ein Ehepaar beläuft sich somit auf 1526,40 Euro. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Höhe der Ausgleichsleistungen, werden letztere nur in Höhe des Differenzbetrages gewährt und bleiben als Einkommen unberück-

sichtigt hinsichtlich anderer einkommensabhängiger Sozialleistungen.

In Zusammenhang mit den für 2019 geänderten Regelbedarfsstufen wurden auch die Leistungen der Grundsicherung angepaßt, allerdings können hier verschiedene Regelbedarfsstufen zur Anwendung kommen. Aus meiner Beratungstätigkeit ist mir durchaus bekannt, daß sich nicht wenige ehemals politisch Verfolgte in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden und oft nur über den Monat kommen, weil sie Bezieher der Opferrente sind und bzw. oder nach dem Bundesversorgungsgesetz eine Rente für haftbedingte Gesundheitsschäden erhalten. Für diese Betroffenen wäre es von Vorteil, die Grundsicherung zu beantragen, denn o.g. Leistungen und auch die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz sind nicht als Einkommen bei der Grundsicherung anzurechnen und müssen auch als angespartes Vermögen grundsätzlich nicht zum Einsatz gebracht werden.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Letzter Gong

Sollte einem Gesetzentwurf auf Grundlage der Entschliebung des Bundesrates (Drucksache 743/17 vom 2.12.2018) zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze vom Bundestag nicht zugestimmt werden, wird mit Ablauf des Jahres 2019 eine Antragstellung auf strafrechtliche, berufliche oder ver-

waltungsrechtliche Rehabilitierung nicht mehr möglich sein. D.h. auch, die nach diesen Gesetzen gewährten sozialen Ausgleichsleistungen, wie z.B. Kapitalentschädigung oder Opferrente, Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, die Gewährung von Nachteilsausgleich bei der Rente und Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz sowie u.a. Leistungen für haftbedingte Gesundheitsschäden werden entfallen, insofern die entsprechenden Rehabilitierungsanträge nicht fristgerecht gestellt werden.

bestimmten Voraussetzungen o.g. Leistungen nach sich ziehen kann.

Besonders betroffen von der Befristung bis zum 31.12.2019 wären auch die ehemaligen DDR-Heimkinder, die jetzt erst nach und nach die Möglichkeit einer strafrechtlichen Rehabilitierung erhalten. Sie sollten sich umgehend um die dafür notwendigen Unterlagen bemühen und vorsorglich einen entsprechenden Antrag bei Gericht stellen, um die Frist zu wahren, auch wenn die Unterlagen noch nicht vollständig sind.

Unbedingt zu beachten ist, daß entsprechende Anträge bei den zuständigen Gerichten bzw. Behörden bis zum 31.12.2019 eingegangen sein müssen, für den Fall, daß die Frist abläuft. Eine entsprechende Eingangsbestätigung von den Behörden wäre hier von Vorteil. Nähere Informationen zu zuständigen Gerichten und Behörden und Antragsformularen über die Geschäftsstelle des BSV-Fördervereins, Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonntabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

Fax (03 41) 961 24 99

Besonders angesprochen fühlen sollten sich diejenigen ehemaligen Häftlinge bzw. politisch Verfolgten, die nunmehr das Rentenalter erreichen und durch rechtsstaatswidrige Maßnahmen aus der Ausbildung bzw. aus dem Arbeitsprozeß gerissen oder vom Studium exmatrikuliert wurden. Da die politische Haft grundsätzlich einen Eingriff in den Beruf darstellt, wird es für diese Zeit unabhängig von weiteren beruflichen Eingriffen vor oder nach der Haft in der Regel eine berufliche Rehabilitierung geben, die unter

Plattformtreffen in Slowenien

Vom 13. bis 15. November 2018 trafen sich die Mitglieder der „Platform of European Memory and Conscience“ (PEMC, Plattform für europäische Erinnerung und Gewissen) zu ihrem 8. Mitgliedertreffen in Slowenien, und zwar in der Hauptstadt Ljubljana und im nahe gelegenen idyllischen Bled. (Die an einem See gelegene und von Bergen umgebene Stadt galt zu Beginn des 20. Jahrhunderts als schönster Kurort des damaligen Kaiserreichs.)

Das Mitgliedertreffen fand statt im Zusammenhang mit der Internationalen Konferenz „The Dark Side of the Moon: Dealing with the Totalitarian Past – Confrontations and Reflections“ (Die dunkle Seite des Mondes: Umgang mit der totalitären Vergangenheit – Konfrontationen und Reflexionen), die vom slowenischen Mitgliedsverband der PEMC, dem „Study Center for National Reconciliation“ (SCNR), anlässlich seines zehnjährigen Bestehens vorbereitet worden war.

Die Bedeutung, die der Staat Slowenien dieser Veranstaltung beimaß, wurde schon dadurch deutlich, daß sie im Parlament von Slowenien stattfand. Der Präsident des Parlaments, Alojz Kovsca, eröffnete persönlich den Kongreß, außer dem Präsidenten der PEMC, dem Polen Dr. Łukasz Kamiński, und der Vertreterin des SCNR, Andrja Valič Zver, die gleichfalls Mitglied des Executive Boards der PEMC ist, ergriff auch der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien und Slowenien, Michael Lange, zur Begrüßung das Wort.

Mit dem alljährlich verliehenen Preis der PEMC wurde dieses Mal der ukrainische

Schriftsteller und Filmemacher Oleg Sentsov ausgezeichnet, der sich während der russischen Krim-Annexion engagiert hatte und deshalb zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, die er gegenwärtig in Sibirien verbüßt. Der ehemalige Ministerpräsident von Slowenien, Janez Janša, selbst früherer Dissident und politischer

munismus auch in diesem Land angeordnet hatte.

Der nächste Tag diente nicht nur den üblichen Themen einer Mitgliederversammlung wie Verabschiedung des Jahresberichts, Budget und Aufnahme neuer Mitglieder (mittlerweile sind es

Der Preis

(pemc) Der Preis der Plattform für europäische Erinnerung und Gewissen wird jährlich an Personen vergeben, die heute gegen Totalitarismus, für die Ideale der Demokratie, die grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit kämpfen. Der Preis der Plattform soll seine Gewinner in ihrem Kampf unterstützen und dazu beitragen, sie vor Verfolgung zu schützen sowie die internationale Bekanntheit ihrer Sache zu unterstützen.

Die Mitglieder der Plattform stimmten 2018 für Oleg Sentsov, um seinen persönlichen Mut, seinen Kampf und sein Opfer für die Wahrung der demokratischen Grundwerte und Freiheiten nach seinem Schauprozeß in der Russischen Föderation zu würdigen. Mit der Vergabe des Preises möchte die Plattform dem ukrainischen Staatsbürger Sentsov, den die Plattform seit seiner Inhaftierung im Mai 2014 als politischen Gefangenen in der Russischen Föderation betrachtet, ihren Respekt und ihre Unterstützung zum Ausdruck bringen. Die Plattform fordert seine sofortige Freilassung.

Gefangener, hielt die Laudatio. Auch der Botschafter der Ukraine, der mit seinen Botschafterkollegen aus Polen und Ungarn anwesend war, hielt eine Ansprache.

Im weiteren Verlauf wurden von verschiedenen Referenten insbesondere die Erinnerungskultur in Slowenien, der Stand der Aufarbeitung in einigen ost- und mitteleuropäischen Staaten sowie die Frage behandelt, ob es ein einheitliches Gedenken in einem vereinigten Europa gibt.

Der anschließende Besuch der Gefängniszellen des Geheimdienstes aus der kommunistischen Ära Sloweniens in Bled machte anschaulich, was der Kom-

62 aus über 20 Staaten), sondern auch der Wahl eines neuen Geschäftsführers der PEMC. Der Tscheche Peter Rendeck wurde einstimmig als Nachfolger der im Juni 2018 zurückgetretenen Dr. Neela Winkelmann aus Prag gewählt.

Alles in allem ein sehr beeindruckender Kongreß! Die große Aufmerksamkeit, die der protokollarische Aufwand deutlich machte, läßt sich in Deutschland nur schwer vorstellen.

Für die UOKG und die Inter-Asso (beide sind Mitglieder der PEMC) nahm ich als Vorstandsbeauftragter der UOKG und Präsident der Inter-Asso teil.

Wolfgang-Christian Fuchs

Das „italienische Syndrom“

(igfm) Daß die Republik Moldau ein bettelarmes Land ist, ist seit ihrem tiefen Fall nach dem Ende des kommunistischen Sowjetsystems bekannt. Innerhalb des Sowjetsystems war die winzige Sowjetrepublik unter anderem ein wichtiger Weinlieferant für die Sowjetunion, also für knapp ein Fünftel der Erdoberfläche.

Die Republik Moldau, nicht einmal so groß wie Nordrhein-Westfalen, gehörte

zu den wohlhabendsten Ländern der ehemaligen Sowjetrepubliken. Aber das ist lange her. Das Land mit seinen knapp 3,2 Millionen Einwohnern befindet sich weiterhin wirtschaftlich in freiem Fall.

Moldau ist zum Armenviertel an der Außengrenze Europas geworden. Eine ganze Generation ist dort ohne elterliche Fürsorge aufgewachsen, weil die Eltern gezwungen waren, sich das Brot für ihre Familie

im Ausland zu verdienen. Zehntausende von Frauen und Müttern verkauften ihre Arbeitskraft oder ihre Körper, allein um ihre Familie am Leben zu erhalten. In Moldau entstand das Krankheitsbild des „italienischen Syndroms“. Moldauische Frauen, die jahrelang in Italien als billige Arbeitskräfte für Pflegefälle rund um die Uhr ausgebeutet wurden, kehrten „unbrauchbar“ mit schwersten psychischen Schäden in ihre Heimat zurück. 

Gefälschte Zeitungen fielen vom Himmel

Die unbekannte PsK-Einheit der Bundeswehr

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Mit dem Ziel, die westdeutsche Bevölkerung in ihrem Sinne zu beeinflussen, begann die DDR ab 1950 in zunehmendem Maße mit ihrer Zersetzungspropaganda gegen die Bundesrepublik. Bonner Stellen schätzten die Zahl der eingeschleusten Flugschriften auf monatlich zehn bis zwölf Millionen und deren Kosten für Ost-Berlin pro Jahr auf 48 bis 70 Millionen DM-West sowie 30 bis 50 Millionen DM-Ost.

Erstes Angriffsziel dieses ideologischen Krieges war die Bundeswehr. Der Angriff erfolgte von einer 1956 im DDR-Verteidigungsministerium gebildeten geheimen „Selbständigen Abteilung“ unter Oberst Mrochen mit seinen knapp 80 Spezialisten. Sie gab den „Soldatenfreund“ (der angeblich im Mannheimer Zeitungsverlag erschien) mit monatlich 70 000 Exemplaren heraus. Der Inhalt war zumeist einerseits eine Mischung von brutal-primitiven Drohungen mit der militärischen Stärke und „Unbesiegbarkeit“ der Sowjetarmee, während vor dem Bau der Mauer nur deren „Friedensliebe“ gepriesen wurde, sowie andererseits Verleumdungen der West-Alliierten.



Von der DDR gefälschte Bundeswehrpublikation. Das Wort „Wahre“ wurde dem Original-Layout hinzugefügt.



In der DDR verfälschter „Spiegel“.

deswehrpublikation angeglichen war. Als 1965 der „Spiegel“ eine Titelseite über die NVA publizierte, wurde diese genau kopiert – ihre Überschrift „Bereit zum Bruderkrieg“ allerdings mit Fragezeichen versehen. Danach erschienen die DDR-Streitkräfte als „Armee des Volkes“, die „wesentlich besser ausgerüstet ist als die Bundeswehr“ und im Rücken die „unbesiegbare Sowjetarmee“ hätte.

Die Einschleusung erfolgte lange Zeit in Koffern mit rund 1000 Briefumschlägen, die zivile DDR-Behörden privaten Interzonenreisenden mitgaben, um sie in Westdeutschland aufgeben zu lassen. Bei Nichtbefolgung würde es keine erneute Reisemöglichkeit zum Verwandtenbesuch mehr geben. Sehr schnell aber entdeckte der Abwehr-Spezialist der Psychologischen Kampfführung (PsK), daß jedem Koffer ein Kontrollbrief beilag an eine Adresse in Berlin W 8 oder NW 63 – die sich im Ostsektor befand. Über zwei Jahre gelang es der PsK, bei aufgefundenen Koffern diese Bestätigungen dorthin zu senden und somit die „Selbständige Abteilung“ über ihre Infiltration zu täuschen und gleichzeitig manche weitere Reise-genehmigung zwischen Ost und West zu ermöglichen...

Gefährlicher waren die gefälschten „Musterungsbefehle“ bzw. „Ausmusterungsbescheide“ der Bundeswehr. Manche gaben vor, daß „lediglich Ladungen zur Musterung mit einer roten Querlinie gültig sind“, während die echten keine aufwiesen. Eine Einladung des Bundeswehr-Generalinspektors wurde sofort nachgedruckt und an viele Persönlichkeiten im ganzen Bundesgebiet versandt – jedoch ohne den Zusatz „Um Antwort wird gebeten“. Die Aktion indes wurde enttarnt und das angestrebte Wirrwarr vermieden.

Besonders großen Erfolg hatten die 500 fingierten Liebesbriefe: An die Heimatadresse von Offizieren, die in Bonn stationiert waren, wurden Briefe mit angeblichen Bonner Mädchen-Adressen geschickt. Zutreffend spekulierte Ost-Berlin, daß die Ehefrauen die extra parfümierten Briefe ihrer „Rivalinnen“ öffneten und dann u.a. lasen: „Mein Liebster, ich fühle mich seit Tagen nicht recht wohl. Ob Du

eine Dummheit gemacht hast? Wenn dem so ist, bitte ich Deine Frau, Dich freizugeben, denn Du sagtest mir doch, daß Eure Liebe nicht weit her sei.“ Da sehr viele Offiziere und fast alle ihre Ehefrauen trotz aller PsK-Aufklärung diese Art schmutziger Kriegsführung für unmöglich hielten, mußten viele Offiziere tagelang ihre Frauen besänftigen, anstatt ihre militärischen Pflichten zu erfüllen.

Um dieser Zersetzungspropaganda zu entgegnen und besonders die DDR-Grenztruppen zur Aufgabe des berüchtigten Schießbefehls zu bewegen, entstand 1959 im Bundesverteidigungsministerium die Psychologische Kampfführung aus Ost-Experten der Bundeswehr und des Zivilbereichs sowie bisherigen BND-Angehörigen. Zwar existieren Unterlagen nur teilweise, doch sollte man zwischen 1960 und 1970 von alljährlich 15 bis 20 Millionen Flugblättern unterschiedlichster Art ausgehen, die auf verschiedenen Wegen in den Osten eingeschleust wurden.

Die erfolgreichste „Waffe“ der PsK war eine dem offiziellen DDR-Organ „Volksarmee“ auf dem oberen Teil ihrer Titelseite täuschend ähnlich nachgedruckte Zeitung, deren Inhalt an das Gewissen der Soldaten „drüben“ appellierte, jedoch keinerlei Diffamierung der DDR-Deutschen enthielt und auch nie zu einem Aufstand aufrief. Stets hieß es: „Kamerad! Wir wissen, Du mußt schießen, aber schieß daneben. Schieß nicht auf flüchtende Frauen und Kinder!“ Ebenso war zu lesen: „Dieser Staat muß eines Tages scheitern. Wir alle werden es erleben!“ Die Auflage betrug rund 500 000 und gab immer eine wechselnde Deckadresse im Westen an. Tatsächlich trafen dort viele Briefe von Grenzsoldaten ein!

Eine geringere Auflage hatte die fingierte „Mitteldeutsche Arbeiter-Zeitung“, die ein Gegengewicht zur SED-Propaganda vom „Elend“ und der „Ausbeutung“ in der Bundesrepublik darstellte. Oft berichtete sie über das jetzige Leben geflohener NVA-Soldaten, forderte jedoch nie zur Flucht in den Westen auf. „Die Rote Fahne“ (der Name der einstigen KPD-Zeitung) wandte sich an Funktionäre in NVA-Standorten. Während des Disputs

zwischen Moskau und Peking veröffentlichte sie die Zeiten der deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana und forderte innerparteiliche Redefreiheit. Eine Sonderausgabe bewies, daß in der „antifaschistischen“ DDR 53 Parlamentarabgeordnete und sogar fünf Minister einst der NSDAP angehörten.

Ab 1966 ahmte man die grünen Dienstbücher der Grenzsoldaten nach, deren Inhalt aus Büchern bekannter Ex-Kommunisten auf besonderem Dünndruckpapier bestand. Die Exemplare waren in PVC-Folie eingeschweißt und wasserfest.

Sehr beliebt war die Einschleusung, die nachts mit Wetterballons erfolgte, die bis zu 12 000 Flugblätter oder 20 dieser Zeitungen trugen, welche ein Uhrenmechanismus dann buchstäblich aus dem Himmel fallen ließ. Der Einsatz geschah durch PsK-Kompanien, die in abgesicherten Waldstücken an der Zonengrenze kampierten.

Eine ganz andere Beförderungsart war das Verschicken von Briefen mit Flugblättern von Brüssel aus mit der sowjetischen Fluglinie Aeroflot nach Moskau und von dort aus in die DDR, wo die MfS-Zensoren faktisch nur Postsendungen aus dem Westen kontrollierten.

Im Sommer 1963 wurden eines Morgens an der gesamten DDR-Ostseeküste rund 100 000 kleine rote Bälle mit den Slogans „Nieder mit der Mauer! Weg mit Ulbricht!“ angeschwemmt. Angeblich waren diese zusammen mit großen Salzkümpfen zuvor von Schiffen versenkt worden. Da sich Salz bekanntlich im Wasser auflöst, trieben die Bälle anschließend an die Küste.

Jahre später ließ die PsK mehr als fünf Tonnen gesammeltes Propagandamaterial der „Selbständigen Abteilung“ über den Stellungen der DDR-Grenztruppen abwerfen mit dem kleinen Hinweis, daß hier das krasse Gegenteil von dem zu lesen sei, was sie in ihrem Politunterricht hörten.

Eines Tages warfen „albanische Sportflugzeuge“ (wie gutgläubige westdeutsche Zeitungen meldeten) an der Zonengrenze eine „Sonderausgabe für die Genossen der Deutschen Demokratischen Republik“ des albanischen KP-Zentralorgans „Zeri i Popullit“ ab mit ideologischen Attacken gegen Ost-Berlin, welche die Westwinde weit in die DDR trugen. Alle Ost-Spezialisten der Bundesrepublik erklärten die Flugschrift für echt.

Dezember 1961



ZERI i POPULLIT

**Sonderausgabe
für die Genossen in der
Deutschen
Demokratischen Republik**

ORGAN DES ZK DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

„Brutale Verletzung des Prinzips der Gleichheit und Unabhängigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien“

Aus der Rede des Genossen Enver Ho d s c h a zum 20. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albanien

„Unsere geheiligte Freundschaft mit den ruhmreichen Brüdern der Sowjetunion... werden wir wie unseren Augapfel bewahren, wie die allerheiligste Sache. Diese Freundschaft ist in der Vergangenheit und wird in der Zukunft nicht zerissen werden — weder durch die Manöver der Imperialisten noch durch die Intrigen der Renegatenbande Tites noch durch die Verleumdungen, Erpressungen und die Blockade Nikita Chruschtschows. In der Außenpolitik ist unsere Partei und unsere Regierung immer an der Seite der anderen sozialistischen Länder marschiert in der Bemühung, den Frieden in der Welt aufrechtzuerhalten und zu konsolidieren. Sie hat auch immer die Generallinie der Außenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zur Regelung der wichtigsten internationalen Probleme gebilligt und unterstützt. Und diese Außenpolitik der Volksrepublik Albanien hat immer die volle Zustimmung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder erhalten, die sie immer als eine richtige Politik in Hinblick auf unser gemeinsames Anliegen betrachtet haben.“

Von Genossen zu Genossen

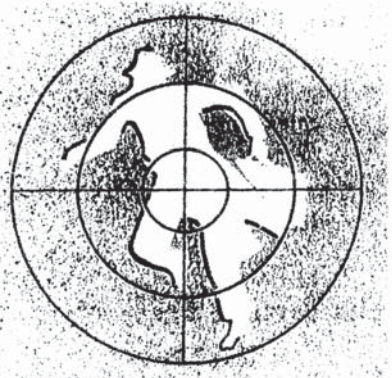
Wir albanischen Kommunisten wenden uns nicht in der Absicht an die Genossen der Deutschen Demokratischen Republik, uns in die inneren Verhältnisse der DDR und der SED unter der Führung der Genossen Walter Ulbricht einzumischen. Natürlich wäre es uns lieber, wenn sich die kämpferische Partei der deutschen Arbeiterklasse in der notwendigen Auseinandersetzung nicht auf die Seite der opportunistischen Chruschtschow-Clique schlagen, sondern an der konsequenten Zurückweisung und Liquidierung aller Versuche teilnehmen würde, die Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Parteien zu verletzen. Die KPdSU stimmt unsere Partei nicht mit der sowjetischen Fiktion überein, wie sie auch gegenwärtig nicht mit einigen speziellen Forderungen der XXII. Parteitag und auch mit dem neuen Parteiprogramm der KPdSU übereinstimmt. Entsprechend den leninistischen Prinzipien, die zwischen den marxistischen Parteien maßgeblich sind, können die Beschlüsse des Parteitages einer Partei, so wichtig dieser auch sei und so groß auch die Partei dieses Landes sei, allein maßgeblich für ihre eigenen Mitglieder sein. Der Versuch, die Entscheidungen eines Parteikongresses für alle anderen Parteien verbindlich zu machen,

Albanische Zeitung, von der PsK täuschend echt gefälscht.

Gute Schießergebnisse

kennzeichnen den guten Soldaten und doch können

schlechte Schießergebnisse



In besonderen Lagen auch
HILFE und RETTUNG bedeuten

Wer als mittelmäßiger Schütze bekannt ist

- kriegt weniger Vorwürfe, wenn er einen Flüchtenden nicht trifft
- braucht beim Grenzdienst nicht zu fürchten, ein Mörder zu werden
- erhält weniger Lob, lebt aber mit ruhigerem Gewissen

Die Vorteile überwiegen die Nachteile!

Wehrdienstliche Sozialerhebungsstelle (NVA)
 Verantwortlich: Günter Gieß - 41 Duisburg I - Poststraße 31

Flugblatt der PsK.

Quellen: Archiv Schlomann

Tatsächlich war sie ein Produkt der Psychologischen Kampfführung in Bonn.

Um möglichst eine gewisse Verwirrung in die Adreßkartei der „Selbständigen Abteilung“ zu bringen, wurden in jenen Koffern aufgefundene Briefe mit anderen Anschriften (wie etwa „Empfänger verstorben“, „unbekannt verzogen“ oder „jetzt postlagernd“ in X-Stadt) versehen, die dann nach Berlin W 8 zurückgingen. Wohl nicht selten schickte man das Propagandamaterial zerrissen oder mit anti-kommunistischen Bemerkungen zurück.

Der Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ost-Berlin beendete die PsK-Arbeit im Sommer 1972, alle Proteste waren vergeblich. Die Bundesrepublik hatte damit jeden

Zugang zu den Soldaten im anderen Teil Deutschlands aufgegeben. Weil der wohl letzte Überlebende der Psychologischen Kampfführung mit seinem Angebot bei arroganten deutschen Stellen kein Interesse fand, liegen die meisten Flugblätter – interessante Zeitdokumente aus den Jahren eines gespaltenen Deutschlands – heute in der Schweizer Militärbibliothek in Bern.

(Der Autor hat aufgrund der Information, daß der in einer Vorlage der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Mecklenburg-Vorpommern genannte frühe illegale Widerstand ab 1948 vom Landtag, mit Hilfe auch der CDU, als Punkt abgelehnt wurde, den Titel eines Ehrenmitgliedes der CDU M-V zurückgegeben.)

Die Zukunft der Stasi-Unterlagen

Aus dem Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv

Der Deutsche Bundestag hat den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beauftragt, den Transformationsprozeß der Stasi-Unterlagen-Behörde aus dem Amt des Bundesbeauftragten heraus einzuleiten und gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv zu erarbeiten. [...]

Das Konzept orientiert sich an dem im zuvor genannten Beschluß des Deutschen Bundestages formulierten Vorgaben. Fragen zu Folgen für das Amt des Bundesbeauftragten, die nicht die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv betreffen, sind nicht Teil des Auftrags für die Erstellung des Konzepts und müssen gesondert betrachtet werden. [...]

Ausgehend vom Beschluß des Bundestages, der den „*Erhalt des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit spezialgesetzlichen Regelungen*“ als Kondition für die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv definiert, sind Änderungen im StUG notwendig, um dem geänderten institutionellen Rahmen zu entsprechen.

Das Bundesarchivgesetz (BArchG) ist entsprechend zu novellieren.

Mit der Überführung der Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs wird ein eigener Bereich unter einer herausgehobenen Leitung mit der Bezeichnung „Stasi-Unterlagen-Archiv“ eingerichtet. In dieser Organisationseinheit werden auch künftig die speziellen Aufgaben des heutigen BStU weitergeführt. Die Verwaltung und die archivfachlichen Querschnittsaufgaben

werden in die korrespondierenden Organisationsstrukturen des Bundesarchivs integriert. Mit Integration dieser Aufgaben in das Bundesarchiv werden in den strategisch zentralen Bereichen der Digitalisierung und Bestandserhaltung Synergieeffekte ermöglicht, die auch insbesondere für die Erhaltung und Zugänglichmachung der Stasi-Unterlagen einen wesentlichen Qualitätsgewinn darstellen können. Der Personalbestand bleibt davon unberührt. [...]

Im Stasi-Unterlagen-Archiv werden knapp 16 000 Säcke mit von der Staatssicherheit zerrissenen Unterlagen verwahrt. Die Rekonstruktion und Erschließung von zerrissenen Unterlagen wird im Bundesarchiv fortgeführt. Die Rekonstruktion der Unterlagen erfolgt auch weiterhin sowohl händisch als auch virtuell unter Nutzung einer Scan- und Puzzle-Technologie, die vom Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik entwickelt wird. Die Rekonstruktion kommt als begleitendes Erschließungsinstrument zum Einsatz.

Die Verwendung der Stasi-Unterlagen durch Bürgerinnen und Bürger, durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen, durch Forschung und Medien sowie für alle weiteren im StUG definierten Zwecke ist bei Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv auch weiterhin gewährleistet.

Die umfassende Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer bei der persönlichen Akteneinsicht, die sich aus der Sensibilität der in den Unterlagen enthaltenen Informationen ergibt, bleibt im Stasi-Unterlagen-Archiv unter dem Dach des Bundesarchivs ebenfalls gewährleistet.

Zudem wird das Dienstleistungsangebot für die Nutzerinnen und Nutzer weiter verbessert. Die Beratung und Antragstellung zur Akteneinsicht kann zukünftig nicht nur zu den Stasi-Unterlagen erfolgen, sondern auch die für die Nutzerinnen und Nutzer relevanten Aktenbestände des Bundesarchivs einbeziehen. Für die Opfer der SED-Diktatur sind dies insbesondere die Haftakten aus dem Bundesarchiv, die für die Rehabilitation nach

den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen von besonderer Bedeutung sind.

Die Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen z.B. für Zwecke der Rehabilitation und Wiedergutmachung, für Ordensangelegenheiten und für Zwecke der Überprüfung im öffentlichen Dienst, von Personen mit besonderer Verantwortung, wie etwa parlamentarischen Mandatsträgern, Richtern oder Beschäftigten von Aufarbeitungseinrichtungen, wird auch unter dem Dach des Bundesarchivs weiterhin erfolgen. [...]

Auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale wird ein Archivzentrum zur SED-Diktatur eingerichtet, in dem neben den Stasi-Unterlagen auch die Bestände der zentralen DDR-Behörden, das Archiv der SED sowie der Massenorganisationen der DDR und die Bibliothek der Stiftung Partei- und Massenorganisationen der DDR, deren Kern die Bibliothek des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus bildet, untergebracht werden. [...]

Der BStU hat aktuell zwölf Außenstellen in den Hauptstädten der früheren DDR-Bezirke. In den Außenstellen sind die Bestände der jeweiligen Bezirksverwaltungen des MfS untergebracht.

Für Investitionen in die archivgerechte Lagerung der Unterlagen durch Um-, An- bzw. Neubau der Archivgebäude ist eine Bündelung der Archivstandorte in den Ländern notwendig.

Die zukünftige regionale Struktur des Stasi-Unterlagen-Archivs sieht einen Archivstandort in jedem ostdeutschen Bundesland vor. An den Standorten der Außenstellen, an denen kein Archivzweckbau errichtet wird, werden weiterhin die Dienstleistungen Information, Beratung, Antragstellung und Akteneinsicht für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend der jeweiligen Bedarfe angeboten. [...]

Das vollständige Konzept ist zu lesen unter <https://www.bstu.de/ueber-uns/aktuelles/detail/uebergabe-des-14-taetigkeitsbereichs-an-den-deutschen-bundestag/> 

Da lacht der Klassenfeind

„Ferner sind ihre Kontakte in der Schule auszunutzen, da sie besonders auch mit den Schülerinnen engere Verbindungen eingeht. So hat sie schon Schülerinnen zu sich nach Haus eingeladen und kann daher negative Jugendliche mit aufklären.“

MfS AIM 17632/82

Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck

Die hoch oben auf dem Berg thronende Stalburc, das berühmte ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck, begrüßte uns mit unwirtlichem Schneewetter am 11. März 2019. Am nächsten Tag hatten wir uns mit dem Stollberger Oberbürgermeister Marcel Schmidt und der Stollberger Gedenkstättenbeauftragten Bianca Eichhorn verabredet. Endlich ist es soweit. Die große Aufgabe, das alte Zuchthausgemäuer in einen Ort des würdigen Gedenkens und erinnernder Wegweisung für zukünftige Generationen zu wandeln, ist wahrhaft eine Herkulesarbeit. Vor allem mental. Auch wird ein hoher Geldbetrag benötigt, um das seit vielen Jahrhunderten bestehende riesige Areal Stalburc/Hoheneck zu ertüchtigen und dauerhaft zu unterhalten. Keine leichte Aufgabe.

Einen herausragenden Stellenwert wird nun die Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck einnehmen. Gemeinsam entworfen mit ehemaligen Hoheneckerinnen, ist ein verbindliches Logo entstanden. Die bisher zugänglichen und zu besichtigenden Zuchthausräume werden konzeptionell bedacht und je nach baulichen und planerischen Gegebenheiten Teil der weiter zu entwickelnden Dauerausstellung werden. Da alles unter Denkmalschutz steht, ist auch hier vieles zu berücksichtigen.

Wenn Zeitzeuginnen nicht mehr Kunde geben können von in diesem Gruselhaus erlittenen Qualen, soll dennoch durch

die Art der Umgestaltung des ehemaligen Zuchthaus mahnendes Zeugnis abgelegt werden können. Es soll aller an diesem Ort gefolterten Frauen, denn es war Folter, was den vielen Tausenden ehemals politisch inhaftierten Frauen dort widerfuhr, gedacht werden können. Frauen in ihrem jeweils individuellen Leidensschicksal, aber auch in ihrer Standhaftigkeit wird ein Denkmal gesetzt sein. Ebenso den ins Zuchthaus verbrachten und im Zuchthaus geborenen Kindern. Groß ist auch die Zahl derer, die diesen Schreckensort nicht lebend verließen.

Außerordentlicher Dank sei all jenen Frauen gesagt, die in den Jahrzehnten seit dem Mauerfall beharrlich und unermüdlich den Weg gebahnt haben, um das Ziel der Errichtung dieser Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung zu erreichen. Leider sind schon zu viele Frauen von uns gegangen. Auch ihr Vermächtnis bestimmt unser Handeln für die Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck.

Und so trafen wir uns am 12. März 2019 im Oberbürgermeisterbüro. Viel Zeit hatten wir vorab miteinander verabredet, um unsere jeweiligen Argumente zu besprechen. Wir mahnten Transparenz und rechtzeitige Einbeziehung unserer Vorschläge an. Das wurde uns zugesichert. Wir erörterten die Gestaltungsvorschläge und das bereits Realisierte auf dem gesamten Areal Stalburc/Hoheneck. Vorrang hat für uns in jedem Fall die

Gestaltung der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck. Wir schlugen vor, die ehemaligen Räume, in denen Zwangsarbeit verrichtet werden mußte, virtuell zugänglich zu machen. Ebenso fehlt es noch an detaillierter wissenschaftlicher Forschung in etlichen Bereichen, z. B. über die Häftlingsbücherei. Am Ende un-

serer Besprechung kam noch der Redakteur der „Freien Presse“, Björn Josten, hinzu. Er hat am 16. März 2019 über die Zusammenkunft und das Erreichte berichtet (<https://www.freiepresse.de/erzgebirge/stollberg/das-ist-das-neue-logo-fuer-hoheneck-artikel10470462>).

Am Nachmittag zeigte sich die Sonne, und das ehemalige Frauenzuchthaus hatte ein wenig an Bedrohlichkeit verloren. Ringsum war auch die Schönheit der erzgebirgischen Landschaft zu erkennen. Wir traten die Heimfahrt an, im Wissen um ein zukünftig gemeinsames Handeln für die Interessen ehemals in der DDR politisch gefangener Frauen, die eine über unsere Zeit hinausweisende würdige Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck erhalten werden.

Carla Ottmann, Konstanze Helber



GEDENKSTÄTTE
FRAUENZUCHTHAUS HOHENECK

Das neue Logo der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck.

Einladung in die Sächsische Staatskanzlei

Meine Befürchtung, daß die Bundesbahn wegen Unpünktlichkeit meine Teilnahme am 18. März 2019 verhindern könnte, hatte sich zum Glück nicht bestätigt. Der Termin war mir wichtig, denn der Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, nahm am Arbeitstreffen Sächsischer Verfolgtenverbände teil.

Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, hatte eingeladen, und 24 sehr unterschiedliche sächsische Verbände und Arbeitsinitiativen ergriffen die Gelegenheit, dem Ministerpräsidenten von ihrer Arbeit und ihren Problemen zu berichten. Sich in nur wenigen Minuten verständlich zu erklären zu Repressionen,

Knastjahren, Zersetzung durch die Stasi oder aktuell erschwerten Aufarbeitungsmöglichkeiten, wer ist da schon wirklich geübt? Einigkeit auch bei Recht und Freiheit – beim Zusammentreffen verschiedener Interessensgruppen ist dies mitunter ein schwieriges „Unterpfand“. Rathenow steuerte gut gelaunt durch das Dialogdickicht.

Ich war als Vertreterin der I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945 (polnisch Toszek), einem Außenlager des Gelben Elends in Bautzen, eingeladen. Mein Problem ist nach wie vor die Kohlenhalde auf dem Gelände „unserer“ Massengräber, die seit 2011 dort aufragt und trotz mehrfachen Ersuchens bis heute noch nicht entfernt wurde.

Kohlen auf Gräbern von Toten sind eine üble Entwürdigung. Etwa 3000 verhungerte, erkrankte, auch erschlagene Menschen wurden zwischen Juni und Dezember 1945 hier verscharrt, Menschen, die nach Kriegsende oft willkürlich vom NKWD, dem sowjetischen Geheimdienst, mit Hilfe deutscher Denunzianten verhaftet wurden. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee und deren Verbleib bis noch über den Zusammenbruch der DDR hinaus entstand die unheilvolle Symbiose von Moskau und Berlin.

Der Ministerpräsident hörte den Vortragenden aufmerksam zu, kommentierte und fragte nach. Es meldeten sich Verfolgte Schüler zu Wort, Dopingopfer, Mißbrauchsoffer von Jugendwerkhöfen,



Ortschronisten, Aufarbeitungsinitiativen, Gedenkstätten-Mitarbeiter wie aus der „Bautzener Straße“, um nur einige zu nennen. Der Ministerpräsident sagte zu, daß er sich der Wünsche und Probleme annehmen würde. Man solle ihm z.B. Schulen angeben, die sich Zeitzeugenvorträgen verweigern würden. Er werde dort selber anrufen.

Lutz Rathenow verteilte die Fotokopie des Artikels aus der Freien Presse vom 16. März 2019 zu Hoheneck mit dem neuen Logo, das anlässlich des Treffens von Betroffenen mit dem Stollberger Oberbürgermeister beschlossen wurde, und der Information, daß spätestens 2021 die Gedenkstätte des ehemaligen Frauenzuchthauses mit einer Dauerausstellung eröffnet werden soll. Spontan befand Rathenow, daß er und Michael Kretschmer nach Stollberg fahren müßten.

Der Ministerpräsident verwies auf den neuen Härtefallfonds, der in Sachsen ab 2019 für bestimmte Härtefälle bereitsteht. Leider fehlen dazu in dem Bundesland die benötigten Bearbeitungsstellen. Rathenow entwickelte die Idee, daß Vertreter der VOS anspruchsberechtigten Kameradinnen und Kameraden beim Ausfüllen der Anträge behilflich sein könnten. – Kretschmer äußerte, daß man ein solches Treffen wiederholen müsse.

Das Thema „Wegbrechen der Archivstandorte der Stasi-Akten von Chemnitz und Dresden“, nun ohne die Anwesenheit des Ministerpräsidenten, löste lauten Unmut aus. Bedenken wurden geäußert, daß besonders die Arbeit mit Schülern an authentischen Standorten nicht mehr durchgeführt werden könnte. Bei der Vielzahl der Teilnehmer – fast 50 Personen waren anwesend – und bei der

Größe des Saales wäre ein Mikrofon nützlich gewesen.

Resümee: Ein gutes Gefühl, daß der Ministerpräsident Empathie für unsere Probleme aufbringt und daß er sich wirklich für uns einsetzen wird. Für unsere Gedenkfeier in Tost am 25. Mai 2019 hat er mir schon mal ein Grußwort zugesagt.

Sybille Krägel

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHEL-DRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

„Wut“ und „Angst“ dominieren

Forsa-Umfrage zur Premiere der Ausstellung „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19“

(bsta) Die Bundesbürgerinnen und -bürger verbinden vor allem „Wut“ (57 %) und „Angst“ (56 %) stark oder sehr stark mit der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. So das Ergebnis einer forsa-Umfrage, die die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Auftrag gegeben haben. Die Befragung wurde am 5. März bei der Premiere der Ausstellung „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19“ in Berlin vorgestellt. Auf 20 Tafeln greift die Ausstellung heutige Erscheinungsformen von 20 Emotionen auf und thematisiert anhand historischer Ereignisse die Gefühlswelten der vergangenen 100 Jahre. Mehr als 3000 Exemplare der Ausstellung stehen für die Bildungsarbeit zur Verfügung.

„Starke Gefühle wie Wut und Angst prägen momentan unsere Gesellschaft. Spannend ist, was wir aus dieser Feststellung folgern“, so Andreas Eberhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung EVZ. „Gefühle und ihre Wirkungen sind vielschichtig. Negative Emotionen können gesamtgesellschaftlich auch positive Entwicklungen vorantreiben.“

Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, erklärte: „Gefühle waren auch in der Vergangen-

heit Motor von Reform- und Demokratisierungsprozessen. Sie wurden jedoch auch politisch instrumentalisiert und manipuliert. Mit unserer Ausstellung laden wir Menschen ein, sich mit der Auswirkung von Emotionen auseinanderzusetzen.“

Anlaß der Schau unter der Schirmherrschaft von Bundesaußenminister Heiko Maas sind zentrale Jahrestage von Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert: Die Gründung der Weimarer Republik (1919), die Weltwirtschaftskrise 1929, der Beginn des Zweiten Weltkrieges (1939), die doppelte deutsche Staatsgründung (1949) sowie die Friedliche Revolution (1989). Die Historikerin Ute Frevert, Direktorin des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, entwickelte die Ausstellung zusammen mit ihrer Tochter Bettina Frevert, die in der historisch-politischen Bildung arbeitet.

Bis Ende 2019 kann die Ausstellung u. a. auf Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Portugiesisch und Arabisch bestellt werden. Akustische Bildbeschreibungen in deutscher Sprache ermöglichen blinden und sehbehinderten Menschen einen barrierearmen Ausstellungsbesuch. Zudem ist die Schau durch multimediale didaktische Begleitmaterialien fächerübergreifend im Unterricht einsetzbar. Weitere Informationen sowie Bildmaterial unter www.machtdergefuehle.de.

Die Ergebnisse der Umfrage im Detail

Für das Stimmungsbild hat das Meinungsforschungsinstitut forsa im Januar dieses Jahres 1001 Bundesbürgerinnen und -bürger über 18 Jahre befragt. Sie konnten angeben, wie stark die Gefühle „Angst“, „Hoffnung“, „Begeisterung“, „Vertrauen“, „Trauer“ und „Wut“ ihren Blick auf die gesellschaftliche Lage Deutschlands prägen.

Die Befragten verbinden im Zusammenhang mit der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik vor allem Wut (57 %) und Angst (56 %) stark bzw. sehr stark. 45 % der Befragten verspüren „Hoffnung“ und 37 % haben „Vertrauen“, wenn sie an die Lage Deutschlands denken. 21 % empfinden „Begeisterung“, ebenso viele „Trauer“. „Hoffnung“ hegen insbesondere die unter 30- und über 60-Jährigen. Die unter 30-Jährigen äußern ebenfalls überdurchschnittlich häufig „Vertrauen“ in die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands. Befragte aus größeren Städten und Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern verbinden etwas häufiger „Wut“ und „Angst“ mit der Gesellschaftsentwicklung in Deutschland, als die Bevölkerung in kleineren Gemeinden mit unter 5000 Personen. Hier blicken die Menschen überdurchschnittlich häufig mit „Hoffnung“ auf die gegenwärtigen Entwicklungen.



30. Gedenkveranstaltung

für das Internierungslager
Ketschendorf/Speziallager Nr. 5

Sonnabend, 11. Mai 2019

Ökumenischer Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd, Schillerstraße. Vor Beginn des ökumenischen Gottesdienstes wird ab 9.30 Uhr im Gemeindehaus Schillerstr. 19 ein Imbiß angeboten.

11.00 Uhr: Beginn des Gottesdienstes
Predigt: Pfarrer Rolf Kiefer aus Marsberg.
Sein Vater ist im Lager Ketschendorf umgekommen. Musikalische Gestaltung: Chor der Martin-Luther-Gemeinde, Leitung und Orgel: Alex Ilenko

12.30 Uhr: Fortsetzung der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte in der Reifenwerksiedlung – Platz des Gedenkens
Niederlegen von Blumengebinden, Begrüßung durch den Vorsitzenden der Initiativegruppe, Sup.i.R. Eckhard Fichtmüller: Grußworte, Erinnerung an die erste Gedenkveranstaltung am 8. Mai 1990; Beiträge von Zeitzeugen; Beiträge Jugendlicher Fürstenwalder Schulen; Worte des Gedenkens; Gebet und Segen (Pfarrer Kiefer).

Ab 14.00 Uhr besteht im Gemeindehaus die Möglichkeit zu einem Mittagsimbiß, zum Austausch und zur Begegnung.

Freitag, 10. Mai 2019

15.30 Uhr: Wir gedenken auf dem Waldfriedhof Halbe der Toten des Internierungslagers.

Kostenlose Fahrmöglichkeit (Hin- und Rückfahrt). Abfahrt nach Halbe ab Bahnhof Fürstenwalde um 14.00 Uhr.

Um 15.30 Uhr versammeln wir uns am Gedenkstein.

4621 Namen stehen auf 49 Gedenktafeln, mit denen seit 2004 an die damals bekannten Opfer des Lagers erinnert wird. 2009 wurden drei weitere Tafeln mit korrigierten oder ergänzten Namen hinzugefügt. Mit den Namenstafeln und der Herausgabe des Totenbuchs im Jahr 2014 hat die jahrzehntelange Anonymität von nunmehr 4722 namentlich bekannten Opfern des Lagers Ketschendorf ein Ende.

Wir erinnern an diesem denkwürdigen Ort an die Menschen, die im Lager ihr Leben verloren haben und an alle anderen Op-

fer, die hier auf dem Waldfriedhof ihre Ruhestätte fanden. Als Zeichen des Gedenkens werden wir Blumengebinde und auf jeder Namensplatte eine weiße Rose niederlegen.

Initiativgruppe Internierungslager
Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V.

Vorsitzender: Eckhard Fichtmüller,
Frankfurter Str. 4, 15517 Fürstenwalde,
Tel.: (033 61) 30 78 73,
www.internierungslager-Ketschendorf.de,
E-Mail: ilaketschendorf@online.de

Gedenkveranstaltung Fünfeichen

27. April 2019

9.30 Uhr: Beginn (mit Imbißversorgung),
8.30 Uhr Einlaß

Ort: Hochschule Neubrandenburg, Mensa
(Eing. links), Brodaer Str. 2

Kranzniederlegung

14.00 Uhr: Beginn

Ort: Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen,
Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal

Mit Glockengeläut gehen wir anschließend zum südlichen Gräberfeld unserer verstorbenen Internierten.

Ca. 14.15 Uhr: Beginn Gedenkfeier mit ökumenischem Gottesdienst und Kranzniederlegung

Ort: Kreuz südliches Gräberfeld

Rita Lüdtko

Stasi in Berlin – Überwachung und Repression in Ost und West

Sonderausstellung

Laufzeit: **28. März 2019 bis 31. März 2020**, täglich 9 bis 18 Uhr, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin

(ghh) Der Staatssicherheitsdienst der DDR war mehr als die Zentrale in Lichtenberg oder das Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen. Allein in Berlin dienten 4200 Adressen der Geheimpolizei der flächendeckenden Überwachung und

Verfolgung Andersdenkender. Die Sonderausstellung „Stasi in Berlin“ der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zeigt seit 28. März die Dimensionen dieser staatlichen Repression sowohl in der Hauptstadt der DDR als auch in West-Berlin. Auf einem begehbaren, 160 qm großen Luftbild erkunden die Besucher mit Hilfe von Tablets zahlreiche Dienstobjekte und Tausende konspirative Wohnungen. Fotos, Videos und Schriftstücke verdeutlichen das Ausmaß der Überwachung. Die Besucher begeben sich auf die Spur zahlreicher individueller Schicksale – Überwachungsmaßnahmen, Entführungen, Verhaftungen. Überraschend ist, wie stark die Stasi auch im Westteil der Stadt präsent war.

Kunstprojekt „Licht bewegt“ in Bautzen

(gb) Die Gedenkstätte Bautzen ist einer von 13 Orten, an dem das Kunstprojekt „Licht bewegt“ ab sofort präsentiert wird. Die Ausstellung des Künstlers Ludger Hinse ist in Bautzen bis zum 9. Juni 2019 zu sehen.

Der Recklinghausener Künstler erschafft seit 20 Jahren Kreuzkunstwerke aus Plexiglas, Blech, Bronze oder Edelstahl. Laut Aussage Hines sind es „politische Kreuze, Leidenskreuze, Menschenkreuze. Vor allem aber Lichtkreuze, bei denen Schönheit und Farbspiel im Mittelpunkt stehen“.

In Bautzen sind insgesamt 40 Arbeiten von Ludger Hinse zu sehen, sieben davon in der Gedenkstätte Bautzen. Sie wurden eigens für diesen Ort unter dem Thema „Das Leid der Welt“ angefertigt. Für Hinse ist in der ehemaligen Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II nicht „das Licht Mittelpunkt, sondern das Leid.“ Die Kunstwerke und Figuren zeigen „Leidensköpfe“, ein Sonnenkreuz schließt den Hauptzellentrakt als „Hoffnungszeichen“ (Hinse) ab.

Das Kunstprojekt wird von der katholischen Dompfarrei St. Petri mit der evangelischen Kirchgemeinde St. Petri in Bautzen präsentiert. In diesem Rahmen findet in der Gedenkstätte Bautzen eine Performance am historischen Ort statt: Sonnabend, 4. Mai 2019, 19.30 Uhr, mit dem Künstler Ludger Hinse und dem Musiker Hans Narva, Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, der Eintritt ist frei.

Suchanzeigen

Studie

zu aktuellen Lebenslagen von Menschen und deren Familien, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und im Land Brandenburg leben (Sozialstudie)

Der brandenburgische Landtag beschloß im Jahr 2016 die Beauftragung einer Sozialstudie. Ausgangspunkt war die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, die sich mit ehemals politisch Verfolgten, ihrer Würdigung und der Wiedergutmachung befaßte. Die Untersuchung soll die aktuelle Situation darstellen, Impulse für weiteres politisches Handeln geben und gegebenenfalls neue Handlungsfelder aufzeigen.

Das BIS Berliner Institut für Sozialforschung wurde von der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung

der Folgen der kommunistischen Diktatur mit der Studie betraut. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Lebenslagen sollen auf der Grundlage qualitativer und quantitativer Erhebungsmethoden gewonnen werden.

Das Besondere der Studie besteht darin, daß neben den politisch Verfolgten auch die Familienangehörigen einbezogen werden. Aufgrund der transgenerationalen Weitergabe psychischer Verfolgungsschäden können Kinder und Kindeskiner infolge der Eingriffe in das Leben und das berufliche Fortkommen der Eltern- oder Großelterngeneration schwierige Ausgangsbedingungen haben. Dabei spielt auch die Fortschreibung von schlechten

materiellen Lebensgrundlagen, von Ausgrenzungserfahrungen und mangelhafter Integration eine Rolle. Für die Umsetzung der Studie suchen wir die Kooperation mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sowie Behörden und Fachinstitutionen mit der Bitte um Unterstützung bei der Vermittlung von Betroffenen, die an der repräsentativen Befragung teilnehmen möchten. Wir bitten darum, auf die Studie hinzuweisen und Betroffene zu ermutigen, sich bei uns zu melden.

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns schon jetzt recht herzlich.

Dr. Eva Schulze

Ansprechpartnerinnen

- Petra Morawe, Silvana Hilliger, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), aufarbeitung@lakd.brandenburg.de, Tel. (03 31) 237 292 0
- Dr. Eva Schulze, Janika Gabriel, BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH, mail@bis-berlin.de, Tel. (030) 31 00 09 0 

Wie haben Jugendliche den Mauerfall erlebt?

Stiftung Berliner Mauer sucht Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Jahrgangs 1975 aus Ost und West

Für ein neues, wissenschaftlich-künstlerisches Projekt sucht die Stiftung Berliner Mauer gemeinsam mit der Universität Konstanz Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Jahrgangs 1975, aus Berlin (Ost und West), Brandenburg und Baden-Württemberg, die bereit sind, ihre Erlebnisse per Videointerview zu teilen.

Multimediales Interviewprojekt: Wie haben Jugendliche den Mauerfall erlebt?

Das multimediale Interviewprojekt „Perspektiven der Generation 75 – Mit 14 ins neue Deutschland“ der Universität Konstanz und der Stiftung Berliner Mauer lädt ab sofort Personen aus Baden-Württemberg, Brandenburg sowie Ost- und West-Berlin ein zu erzählen, wie sie die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland vor und nach dem Mauerfall erlebt haben. Die Interviewten sollen eine möglichst große Bandbreite an möglichen Lebensverläufen und Perspektiven im geteilten und wiedervereinigten Deutschland widerspiegeln.

Online-Datenbank

Interessierte können sich ab sofort unter uni.kn/bertram/generation-1975 in eine Online-Datenbank eintragen.

Besonderheiten des Projekts

Die Besonderheit des Oral-History-Projekts liegt darin, daß es einen wechselseitigen Blick von Ost nach West und zurück ermöglicht. Bisher werden die Umbrucherfahrungen und das Erlebnis des geteilten und wiedervereinigten Deutschlands nahezu allein im Osten Deutschlands verortet. Wie das geteilte Deutschland von den Westdeutschen wahrgenommen wurde und wie sie die Wiedervereinigung erlebt haben, steht sonst nur selten im Fokus. Aufgrund ihres Alters können die Interviewten nicht in die Kategorien „Täter“ oder „Opfer“ eingeordnet werden.

Fragen

„Wie ordnen Sie aus heutiger Perspektive Ihr Erlebnis eines zunächst geteilten, dann wiedervereinigten Deutschlands ein?“ – so lautet die Hauptfrage an die

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Die Interviews werden von den Videokünstlern Ina Rommel und Stefan Krauss durchgeführt. Geplant sind mehrstündige, lebensgeschichtliche Interviews, die bei den Interviewpartnern und -partnerinnen zu Hause entstehen. Sie werden wissenschaftlich ausgewertet.

Videoinstallation 2020

Auf der Basis des Materials wird eine Videoinstallation erstellt, die im Gedenkjahr 2020 – „30 Jahre Wiedervereinigung“ – zunächst in Berlin gezeigt wird und dann als Wanderausstellung auf Tour gehen soll. Darüber hinaus wird das Videomaterial in didaktischen Lernangeboten eingesetzt.

Kontakt

Leiterin des Projekts ist Juniorprofessorin Dr. Christiane Bertram an der Binational School of Education (BiSE) der Universität Konstanz. E-Mail: generation75@uni-konstanz.de

Ein Kooperationsprojekt der Binational School of Education (BiSE) der Universität Konstanz, der Stiftung Berliner Mauer, des Archivs Deutsches Gedächtnis der Fernuniversität Hagen und der Videokünstler Ina Rommel und Stefan Krauss, gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 

Die Namen zurückgegeben

(sla) Am 28. Februar 2019 wurde auf dem Städtischen Friedhof Chemnitz am Ehrengrab im Urnenhain 18 eine Namenstafel eingeweiht, zu der die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) eingeladen hatte.

Dort befinden sich die Urnen von 136 Häftlingen der Haftanstalten Waldheim und Hoheneck: Männer, Frauen und Kinder. 1950 waren sie aus den sowjetischen Speziallagern nach Hoheneck und Waldheim überstellt worden und dort aufgrund katastrophaler Haftbedingungen gestorben. Um die hohe Sterberate zu vertuschen, hielt man die Todesdaten geheim und informierte die Angehörigen nur selten. Auch die sterblichen Überreste wurden in der Regel nicht den Familien übergeben.

Die Anfang der 1950er Jahre verstorbenen Häftlinge wurden eingäschert, ihre Urnen auf den Dachböden der Haftanstalten eingelagert. Erst 1957 wurden sie anonym im Urnengrab Nr. 18 beigesetzt. Nach dem Zusammenbruch der DDR begannen ehemalige Häftlinge, die damaligen Ereignisse zu rekonstruieren und die Namen der Toten zusammenzutragen. 1993 wurde auf ihr Engagement hin von der Stadt Chemnitz die Grabanlage errichtet und feierlich eingeweiht, jedoch ohne eine namentliche Nennung der Opfer. Dafür setzten sich Vereinsmitglieder der VOS ein, denn sie wollen durch die Namensnennung der Verstorbenen am authentischen Ort eine Erinnerungskultur fördern, die einerseits den Familien und Haftkameraden ein Abschiednehmen ermöglicht und andererseits in die Zukunft gewandt ist.

Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur würdigte im Vorfeld der Veranstaltung das Engagement der VOS, die maßgeblich dazu beigetragen hat, diese Idee umzusetzen, ausdrücklich: „Heute, fast siebenzig Jahre nach dem Tod der Häftlinge, bekommen die einst anonym beigesetzten, vertuschten Opfer der SED-Diktatur ihren Namen und ihre Geschichte zurück. Dieser Schritt ist sehr wichtig, weil Unrecht sich immer im Konkreten abspielt und die Erinnerung daran auch konkret und anschaulich sein sollte.“

Spendenaufruf

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen gab es irritierende Diskussionen um die Zukunft des ehemaligen Frauenzuchthauses Hoheneck, in dem viele politisch inhaftierte Frauen in der SED-Diktatur unter schlimmsten Verhältnissen „leben“ mußten.

Die Stadt Stollberg hat das ehemalige Zuchthaus übernommen und müht sich nun um eine Perspektive mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten. Natürlich ist dies für so eine kleine Stadt eine Herausforderung, nicht jedem, der dort wohnt, ist das Hervorheben der Ungeschichte dieses Ortes genehm, aber es gibt das Bekenntnis der Stadt und die Forderung der ehemals unschuldig Inhaftierten, mit diesem Ort angemessen umzugehen.

Die Stadt Stollberg hat nicht allein die Mittel, um die Konzepte zu erarbeiten, die dann auch noch in der Umsetzung finanziert werden müssen.

Wir als Mitgliedsverbände in der UOKG und darüber hinaus natürlich auch andere Betroffenen-Gruppen nehmen daran Anteil, und ich denke, wir sollten neben der fachlichen Beratung, die wir bereits leisten, auch versuchen, finanziell zu helfen.

Ich bitte Sie deshalb zu prüfen, ob Sie die Aufarbeitung an diesem schrecklichen Ort mit einer Spende unter dem Stichwort „Hoheneck“ unterstützen können.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GSTG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

U O K G e. V.

IBAN

DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

S p e n d e H O H E N E C K

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Art.-Nr.: 113 360
423 100

Leserbrief

Großes Minderheitenvotum

Zum Beitrag „Zukunftsthemen“ (Mitgliederversammlung am 25.11.2018), Ausg. 9/2018, S. 14

Kurz nach dem Treffen von 27 UOKG-Mitgliedsverbänden gelangte ein Minderheitenvotum an die Öffentlichkeit, als Resolution von zwölf in der UOKG zusammengeschlossenen Opferverbänden kommunistischer Gewaltherrschaft.

Diese Verfolgengruppen aus der Mitte des Dachverbands kritisierten eine mög-

liche engere Zusammenarbeit der CDU mit der Partei Die Linke aufgrund von Visionen des UOKG-Vorsitzenden, weil diese Mehrheitsbeschaffung die politische Unabhängigkeit im Statut verletze. Linke-Mitglieder, ob jung oder alt, trügen die politische und moralische Verantwortung für politische Verbrechen in der DDR, daher verbiete sich eine Kooperation.

Auch distanzieren sich diese Opferverbände von der Amtsenthebung des Historikers Dr. Knabe in Berlin-Hohenschön-

hausen u.a. durch den UOKG-Vorsitzenden. Es seien fadenscheinige Gründe vorgeschoben worden, um eine politisch motivierte Entlassung zu rechtfertigen. Willkür und Rufmord dürften in einem Rechtsstaat, auf den sich unsere Politiker gern beriefen, keinen Raum bekommen. Die zwölf unterzeichnenden Verbände im Original: www.DDR-Diktatur.de/Main/Resolut-Knabe.pdf

Dr. rer. nat. habil.
Eckhard Koch, Dresden

Abschied

Am 15. März 2019 verstarb Horst Krüger im Alter von 87 Jahren. Er war Mitglied des „Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge“ und jahrelang als Zeitzeuge aktiv. Vor allem die Erinnerung an die rigorosen Verfolgungsmethoden in der Sowjetischen Besatzungszone war ihm ein Anliegen.

Als Jugendlicher war er diesen selbst zum Opfer gefallen. Horst Krüger war in einem Bibelkreis um Werner Ihmels auf Gleichgesinnte gestoßen und hatte beschlossen, etwas gegen die neu herausziehende Diktatur zu tun. Die Jugendlichen sammelten Informationen über die tatsächlichen Lebensbedingungen in

Ostdeutschland, um sie in den Westen zu bringen. Diese sollten bei der 1947 stattfindenden Außenministerkonferenz in London vorgestellt werden. Doch dazu kam es nicht, denn bevor das Material von Manfred Gerlach, dem Kurier, abgeholt wurde, waren alle Mitstreiter bereits verhaftet. Offensichtlich wurden sie verraten.

Horst Krüger wird von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt und kommt ins Speziallager Bautzen. Die Bedingungen dort sind katastrophal. Werner Ihmels stirbt in Bautzen. Krüger überlebt eine Tuberkulose-Erkrankung nur knapp. Zum 1. Jahrestag der DDR

wird er amnestiert. Er bleibt in der DDR, um seinen Eltern eine Stütze zu sein.

Nach dem Zusammenbruch der DDR setzt sich Horst Krüger intensiv für die Aufdeckung der damaligen Geschehnisse ein. 1993 erfährt er, daß Manfred Gerlach ein Spitzel war und offenbar eine ganze Reihe Liberaldemokraten an die Russen verraten hatte. Doch das Verfahren gegen Gerlach, der in der DDR als langjähriger LDPD-Vorsitzender und letzter Staatsratsvorsitzender Karriere gemacht hatte, wurde trotz vieler Beweise im Jahr 2002 wegen Verjährung eingestellt.

Mit dem Tod von Horst Krüger verlieren wir einen aufrechten Kämpfer für demokratische Grundwerte. Für seinen Einsatz erlitt er politische Verfolgung der härtesten Form am eigenen Leib. Doch gerade die erlebte Unfreiheit ließ ihn in Gesprächen den Wert der Freiheit immer wieder unterstreichen. Mit Horst Krüger verlieren wir einen wertvollen Zeitzeugen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bis ins hohe Alter mischte er sich in erinnerungspolitische Debatten ein oder sprach mit jungen Menschen über seine Geschichte. Er tat dies immer auf intellektuell hohem Niveau und in ruhigem Ton. Dieser wird uns fehlen.

Dr. Nancy Aris,
Stellvertretende Sächsische
Landesbeauftragte zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Veranstaltungen

16.4. (Di), 18.00 Uhr:

1197 Tage als Fluchthelfer in DDR-Haft, Dr. Matthias Bath, ehemaliger Fluchthelfer, stellt sein autobiographisches Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

18.4. (Do), 17.00 Uhr:

Stasi-Akte Spezial „Der Fall Hans Ainhalt – Ein Erfurter Auschwitz-Prozeß im Spiegel der Stasi-Akten“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

18.4. (Do), 18.00 Uhr:

Gedenkveranstaltung zum 74. Jahrestag der Befreiung Leipzigs durch die US-Armee, mit US-Generalkonsul Timothy Eydelnant; Ort: Gedenktafel an der „Runden Ecke“ in Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.4. (Fr), 10.00 Uhr:

„Besinnung zum Karfreitag“, Gedenkandacht v. Bischof-Benno-Haus u. d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: ehemaliger Hauptzellentrakt, Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

21.4. (So), 14.00 Uhr:

Überblicksführung „Sachsenhausen: Konzentrationslager – Speziallager – Gedenkstätte“; Treffpunkt: Besucherinformationszentrum, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg; 3 Euro (ermäßigt 2 Euro) Teilnahmegebühr; Kontakt: E-Mail besucherdienst@gedenkstaette-sachsenhausen.de, Tel. (033 01) 200 200

25.4. (Do), 19.00 Uhr:

Anders sein oder Der Punk im Schrank, Ref. Prof. Dr. Bernd Lindner, Kulturhistoriker u. –soziologe, PM Hoffmann, Comiczeichner u. Autor, Mod. Jana Fröbel, Lektorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

26.4. (Fr), 19.00 Uhr:

Film aus der Filmreihe Zeitschnitt 2019 **„Umbrüche – Aufbrüche“**; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg u.a.; Ort: Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1A, 14467 Potsdam

29.4. (Mo), 18.15 Uhr:

Die **„Volksgemeinschaft“ als Antwort auf die fragmentierte Republik von Weimar**, öffentliche Ringvorlesung mit Michael Wildt, Berlin, in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldtuniversität zu Berlin u.a.; Ort: Topographie des Terrors, Niederkirchnerstr. 8, 10963 Berlin

Das Buch aus der Truhe

Günter Kunert zum 90. Geburtstag

Die Geschichte dieses Buches erinnert entfernt an die des Briefromans „Tagebuch des Verführers“ (1843) von Sören Kierkegaard (1813–1855), dessen Manuskript der Autor im Geheimfach eines Schreibtischs gefunden haben wollte. Günter Kunert hat das Manuskript seines zweiten Romans in den Jahren 1974/75 verfaßt, als er noch in Ostberlin lebte. Weil er wußte, daß ein solcher Text niemals von einem DDR-Verlag veröffentlicht werden würde, vergrub er ihn in einer Truhe und vergaß ihn dort. Mit der Übersiedlung Günter Kunerts, der den DDR-Behörden lästig geworden war, kam im Herbst 1979 auch die Truhe mit dem Manuskript nach Schleswig-Holstein, wo er seitdem lebt.

Der Held des Romans heißt Barthold, der in seinem Garten auf dem Liegestuhl, zugedeckt mit der SED-Zeitung „Neues Deutschland“, dem „Zentralorgan“, eingeschlafen ist und davon träumt, wie er während des Krieges in einem Londoner Luftschutzkeller Walter Ulbricht trifft. Der Lärm der ringsum einschlagenden Bomben rührt aber von den Axthieben seiner Frau, die mit wuchtigen Schlägen den Schuppen im Garten zertrümmert und dabei einen vermoderten Büstenhalter findet, weshalb sie ihrem Mann Ehebruch vorwirft.

Barthold, der Nachname wird nie genannt, zehn Jahre älter als seine Frau Margarete Helene, die in wenigen Tagen ihren 40. Geburtstag feiert, ist von Beruf Prähistoriker in einem Institut, zurzeit aber wegen vegetativer Dystonie krankgeschrieben. Die Suche nach einem Geburtstagsgeschenk führt ihn in den Intershop, einen der neuralgischen Punkte der Nach-Mauer-Gesellschaft, der das DDR-Volk in zwei Klassen spaltet: in die wenigen Leute mit Westgeld und in die breite Masse ohne. Er reiht sich ein in die Doppelschlange der Westwarensüchtigen, die nur langsam vorankommt. Er beobachtet eine alte Dame, die ihrer Enkelin ein Fläschchen Parfum kaufen und dann an der Kasse, nicht eingeweiht in die DDR-Gepflogenheiten, mit hier ungültigem Ostgeld bezahlen möchte. Kopfschüttelnd verläßt sie die kapitalistische Oase inmitten der sozialistischen Wüste, nachdem die Verkäuferin ihr mehrmals, mit wachsender Lautstärke, erklärt hat: „Dieses Geld nehmen wir nicht!“

Über das Verhalten der alten Dame kommt Barthold ins Gespräch mit einem anderen Besucher und zitiert aus Michel de Montaignes (1533–1592) „Essais“ (1572/92), die auf seinem Nachttisch liegen, nicht ahnend, daß seine kritischen Gedanken der Staatssicherheit übermittelt werden, die in der Normanenstraße im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg über ein eigenes Ministerium mit 96 000 hauptamtlichen Mitarbeitern verfügt.

Wenige Tage später steht einer dieser von unentwegtem Klassenkampf erfüllten Mitarbeiter vor Bartholds Haustür und begehrt, den Hausherrn zu sprechen, der aber abwesend ist. Was Margarete Helene nach diesem kurzen Besuch,

von dem sie Barthold nichts erzählt, empfindet, ist abgrundtiefe Angst. In ihren nächtlichen Träumen ist er zu 15 Jahren verurteilt worden. In Abständen besucht sie ihn in der Strafanstalt: „Am Sprechstisch hockt ein weißhaariger Greis, erstorbener Blick, die Unterlippe hängend, aus einem Mundwinkel rinnt Speichel.“

Dann aber erweist sich der „staatsfeindliche“ Vorgang, um den es hier geht, als ganz harmlos, wie es scheint, nur als ein Produkt der Überwachbarkeit der Geheimpolizei, die überall subversive Aktionen wittert. Sie sucht nach einem Ausländer, von dem Barthold im Intershop erzählt hat, als er für seine Frau einen Ring kaufte, einem Franzosen offensichtlich namens Mohnteine.

Das alles ist höchst vergnüglich erzählt! Man merkt dem Schriftsteller Günter Kunert richtig an, welche Lust es ihm bereitet, eine Alltagsgeschichte zu erzählen, die von Politik überschattet ist. Es ist freilich nicht nur ein politischer Roman, sondern, zumindest partiell, auch ein



.....
Günter Kunert „Die zweite Frau“, Roman, Wallstein-Verlag, Göttingen 2019, 202 S., 20,- €
.....



Ehe- und ein Kriminalroman, der mit erstaunlichen Sexszenen angereichert ist. Über die allgegenwärtige Staatssicherheit, die jeden Bürger, wenn sie nur will, verhaften könnte, denn „Illegales“ findet sich immer, gibt es treffliche Sätze wie folgenden: „Einerseits zwar war dieser Feind unendlich schwach, so daß er Entscheidendes nicht auszurichten vermochte, andererseits jedoch erwies er sich wiederum

als unendlich stark, so daß es der Aufbietung aller verfügbaren Kräfte bedurfte, um dieser Stärke zu widerstehen.“

Und dann Montaigne, aus dessen Buch schließlich ein Satz zitiert wird, der haargenau auf DDR-Verhältnisse angewandt werden kann.

Jörg Bernhard Bilke

Freiheit, die ich meine...

Rolf-Joachim Erler hat eine eher ungewöhnliche Kindheit und Jugend in der DDR erlebt. 1949 in Dresden geboren, ist er das Kind einer Dresdnerin und eines in West-Berlin stationierten Angehörigen der US-Army.

Die Identität seines Vaters muß geheim bleiben, denn sonst wären die Großeltern, bei denen der Junge aufwächst, unter schweren Verdacht geraten – es herrscht Kalter Krieg.

Als dem sehr freiheitlich eingestellten Großvater angedroht wird, das Kind in ein Heim zu stecken, um es „sozialistisch“ zu erziehen, bietet das Internat der Herrnhuter Brüdergemeine einen Ausweg. Die Herrnhuter sind

international vernetzt und ermöglichen so einen gewissen Schutz. Der Junge wächst in der christlich und vergleichsweise liberal geführten Internatsschule auf und entwickelt früh zwei Leidenschaften, die ihn sein ganzes Leben begleiten werden: eine Faszination für die Schweiz und die Sehnsucht nach Freiheit.

Aus politisch-ideologischen Gründen vom Abitur ausgeschlossen, beginnt er eine Optiker-Lehre, die er unter großen Mühen auch abschließt, denn wie er feststellt, ist Technik seine Sache nicht. Er geht mit wachen Augen durch die Welt, die für ihn an den Grenzen der DDR endet, und unterrichtet sich auf unterschiedlichen Wegen über das, was dahinter liegt. Er ist

kein Held, bekennt freimütig auch Angst, aber versucht in jeder Lage, seinem moralischen Kompaß zu folgen. So verweigert er den allgemeinen Wehrdienst. Nicht zuletzt die Ereignisse des Prager Frühlings, dessen Niederschlagung er öffentlich verurteilt, führen zu seinem Entschluß, dieses enge und deformierte Land zu verlassen.

Der Fluchtversuch in einem Kofferraum wird entdeckt, es folgen Verhaftung, Untersuchungshaft, Prozeß und eine Haftzeit von zwei Jahren und zwei Monaten in Cottbus.

Vielleicht, weil Erler bereits drei Tage nach der Haftentlassung seine Erlebnisse notiert, ist er in dem vorliegenden Buch in der Lage, außerordentlich detailreich und reflektiert das soziale Gefüge und den Haftalltag in der engen Zelle mit 28 Häftlingen zu beschreiben. Gleiches gilt für seinen Freikauf durch die Bundesrepublik Ende 1975.

Im Westen angekommen, studiert der Autor Theologie, wird ordiniert Pfarrer, arbeitet zu Karl Barth und wird schließlich in der Evangelisch-Reformierten Landeskirche des Kantons Zürich zum Pfarrer gewählt.

Das Buch ist chronologisch geschrieben und in kleinen Kapiteln übersichtlich strukturiert. Die biographischen Stationen werden harmonisch ins Verhältnis gesetzt zur Zeitgeschichte. Überhaupt mangelt es dem Text erfreulich an allem Aufgesetzten, Verkrampften. Der Autor verbirgt sich nie hinter den äußeren Ereignissen. Mit einer stilistisch fast privaten Note hört man ihm eher beim Denken zu – ein einfühlsames, aber konsequentes Werk.

Erler bekennt, daß es ihm in dem Buch darum ging, „das Herz beim Lesen nicht leer zu lassen“. Das ist ihm gelungen.

Gertrud Röder



Rolf-Joachim Erler: *Freiheit die ich meine: Flagge zeigen! Jugendjahre in den Fängen der DDR-Staatssicherheit*, Jordan Verlag 2018, 198 S., 23,- €

Veranstaltungen

30.4. (Di), 14.00–17.00 Uhr:

Beratung zu Stasi-Unterlagen und DDR-Unrecht, Informationstag d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Stadtgeschichtliches Museum Wismar Schabbell, Schweinsbrücke 6/8, 23966 Wismar

30.4. (Di), 16.00 Uhr:

Geschichte lesen – **30 Jahre Gebirgsschlag Völkershausen**; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

30.4. (Di), 18.00 Uhr:

Flucht aus Cottbus, der ehemalige DDR-Häftling Edgar Werner Eisenkrätzer berichtet über sein abenteuerliches Leben; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

30.4. (Di), 19.00 Uhr:

Zersetzung. Repressionsmethode des DDR-Staatssicherheitsdienstes, Vortrag u. Ausstellungseröffnung mit Thomas Beyer, Bürgermeister v. Wismar (Grußwort), Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin (Ref.), Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Stadtgeschichtliches Museum Wismar Schabbell, Schweinsbrücke 6/8, 23966 Wismar

4.5. (Sa), 19.30 Uhr:

Performance im Rahmen der Kunstinstallation „Das Leid der Welt“ mit Künstler Ludger Hinse und Musiker Hans Narva; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

7.5. (Di), 18.00 Uhr:

Das Leben der Vielen. Erinnerung als Filmevent; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Revolution! – Aufbruch ins Offene“; Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

7.5. (Di), 18.00 Uhr:

Wahlbetrug '89 – Die Kommunalwahlen in Berlin und ihre Folgen; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: ehemalige Stasi-Zentrale (Campus für Demokratie), Ruschestr. 103, Haus 7, Raum 427, 10365 Berlin

7.5. (Di), 19.00 Uhr:

Auftakt zur Revolution? Die Kommunalwahlen 1989 im Bezirk Rostock und die Stasi; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim, August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock



7.5. (Di), 19.00 Uhr:

Gefälschte Kommunalwahlen – Kontrolle und Proteste, Vortrag u. Gespräch; vorab um 18.00 Uhr Schwerpunktführung in der Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Gesprächsreihe „Heute vor 30 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Ort: „Runde Ecke“ Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, im ehem. Stasi-Kinosaal der Gedenkstätte (Eingang Goerdelerring 20)

8.5. (Mi), 17.00 Uhr:

Revolution unter Beobachtung. Die „Rapport-Berichte“ der Stasi im Jahr 1989; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

13.5. (Mo), 18.15 Uhr:

Die Entwicklung der NSDAP von einer völkischen Bewegung zu einer modernen Volkspartei, öffentliche Ringvorlesung mit Andreas Nachama, Berlin, in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldtuniversität zu Berlin u.a.; Ort: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

14.5. (Di), 18.00 Uhr:

Splitter im Kopf. Hafterfahrungen in der DDR, Katrin Büchel, Fotografin u. Zeitzeugin, sowie Dr. Karl-Heinz Bomberg, Psychotherapeut, Zeitzeuge u. Liedermacher, zeigen den mit ihnen von Jürgen Haase produzierten Dokumentarfilm (45 min); Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

15.5. (Mi), 18.00 Uhr:

Wenn deine Stimme nicht viel zählt. Das Grundrecht auf freie und gleiche Wahlen (Art. 18), Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Rahmen der Reihe „Achtung: Menschenrechte“, 70 Jahre Menschenrechtserklärung; Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; bitte zeitnah mögliche Änderungen unter www.stiftung-hsh.de prüfen

15.5. (Mi), 19.00 Uhr:

Observing Walls: 1989–2019, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor Stiftung Berliner Mauer, Dr. Kaja Širok, Leiterin National Museum of Contemporary History Ljubljana, u. Leila Gacanica; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Verhaftungsgründe

(VW) Nach dem Ende des 2. Weltkrieges vereinbarten die alliierten Siegermächte eine Entnazifizierung der deutschen Bevölkerung. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR waren nach sowjetischen Angaben 122 671 deutsche Männer, Frauen und Jugendliche von 1945 bis 1950 in den sowjetischen Speziallagern interniert. Sie wurden nach Befehl 00315 des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR ohne Urteil in anfangs zehn Lager in der SBZ verbracht. Später wurden auch von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte in einige dieser Lager, z.B. Sachsenhausen, eingeliefert. Bis heute gibt es jedoch kaum gesicherte Angaben über die tatsächlichen Verhaftungsgründe.



.....
Andreas Weigelt: Vorwurf: Aktiver Nazi, Werwolf oder Agent. Die Verhaftungspraxis sowjetischer Geheimdienste in und um Bad Freienwalde 1945–1955, Metropol-verlag 2018, 320 S., 19,– €

Der Historiker Dr. Andreas Weigelt hat am Beispiel der Stadt Bad Freienwalde untersucht, wie viele Menschen zwischen 1945 und 1955 aus diesem Ort von sowjetischen Geheimdiensten verhaftet wurden und aus welchen Gründen das erfolgte. Er ermittelte eine Gesamtzahl von 317 Betroffenen, von denen 255 ohne Urteil interniert waren, die anderen wurden von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt. Er hat die Verhaftungsgründe dargestellt und die Lebenswege in vielen Fällen rekonstruiert. Die Ergebnisse seiner Arbeit sind in der Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur veröffentlicht.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Guter-muth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonntags, am 20. und 27. April sowie am 4. und 11. und 18. Mai, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Klothilde Baier, Uwe Behne, Dr. Horst Böttge, Günter Breschke, Gerold von Busse, Volkmarr Doberentz, Erwin Donner, Dr. Otto Flicke, Thomas Franz, Peter Frenz, Gerhard Martin Gärtner, Wolfgang Gillner, Bernd Haberkorn, Bernd Hartwig, Roland Hasselberg, Uwe-Rolf Hinze, Dr. Gerda Hirth, Eberhard Hoffmann, Grete Klemt, Detlef Krastel, Ingeborg Kuhne, Wolfgang Lehmann, Rolf Leonhard, Rudolf Miekley, Dr. Jens Nielsen, Reinhard Pappai, Rolf Raible, Uwe Reinhardt, Ingeborg Reuter, Helmut Rex, Kurt Scholz, Rolf Schröder, Ursula u. Peter Schulz, Jürgen Seidler, Eckhard Serick, Barbara Simon, Manfred Smala, Anneliese Starke, Dr. Heinz Steudel, Michael Teltz, Dieter Weise, Dr. Walter Weller, Hans-Georg Wolf, Gisela Wollscheid, Karl Wruck

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Leidenschaft kämpft,
aber Vernunft gewinnt.

Doctor Who

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 26. März 2019

